

Sibylle Plogstedt
Knastmauke

Sachbuch Psychosozial

Sibylle Plogstedt

KNASTMAUKE

**DAS SCHICKSAL VON POLITISCHEN HÄFTLINGEN DER
DDR NACH DER DEUTSCHEN WIEDERVEREINIGUNG**

Psychosozial-Verlag

Mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung
und der Bundesstiftung Aufarbeitung

**Hans Böckler
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**



Die Veröffentlichung dieses Werkes erfolgt auf Vermittlung von BookaBook,
der Literarischen Agentur Elmar Klupsch, Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2., korrigierte Auflage 2014

© 2010 Psychosozial-Verlag

Walltorstr. 10, D-35390 Gießen

Fon: 0641-969978-18; Fax: 0641-969978-19

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: COL Gedenkstätte Bautzen II,
ehemaliges Gefängnis der Staatssicherheit:

Blick durch ein Gitter in den Hauptzellenrakt –

29.04.2001 © ullstein bild – ddp Nachrichtenagentur

Foto der Autorin auf der Buchrückseite: © Eva Hehemann,

www.hehemann-fotografie.de

Umschlaggestaltung & Satz: Hanspeter Ludwig, Gießen

www.imaginary-art.net

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany



ISBN 978-3-8379-2320-9

INHALT

Eine persönliche Vorbemerkung – Was ist politische Haft?	9
---	---

TEIL I ZUR HEUTIGEN SITUATION DER HÄFTLINGE

Die Ausgangslage der Essener Studie	17
Die qualitativen Interviews	20
Die quantitative Studie	22

TEIL II DIE EXPERTINNEN

Annegret Stephan und die erste Gedenkstätte	27
Bekannte Statistiken	28
Die lange Aufarbeitung der politischen Verfolgung	30
Das Volk bockt	33
Schwierigkeiten bei der Anwendung der Gesetze	36
Langzeitschäden und Gutachten – Ruth Ebbinghaus	39
Soziale Unterschiede zwischen den Häftlingen	54
Berufliche Rehabilitierung	59
Partnerschaften und Angehörige	63
Haftfolgen und Geschlecht	66
Umgang mit den Tätern	69

TEIL III PROTOKOLLE: DAS LEBEN DANACH

Haftzeit zwischen 1945 und 1950	75
Roland Bude: Abscheu vor der Leere	75
Horst Hennig: Wer mal auf der Pritsche lag ...	89
Haftzeit zwischen 1951 und 1960	103
Renate Beckheet: Leiden für Gott	103
Wolfgang Stiehl: Unter der Tarnkappe	116
D.S.: Der arme Spion	127
Haftzeit zwischen 1961 und 1970	140
Angelika Hartmann: Mit den Stones fing alles an	140
Gerald Zschorsch: Als Prag war	149
Hans Georg Peschel: Drei Jahre für Fluchthilfe	158
Monika Lutter: West, Ost – Ein Liebespaar	166
Bernd Fischer: Mit 15 im Knast	177
Rolf Buro: Weg und zurück	184
Haftzeit zwischen 1971 und 1980	193
Bernd Markowsky: Im Fremden heimisch	193
Gabriele Stötzer: Biermann lag in der Luft –	
Oder: Frauen für Veränderung	204
Marion und Peter Hanke: Unerwartete Überfälle	210
Elke Herden: Eine unendliche Geschichte	221
Marion H.: Mein Leben – Keller, Untergeschoss	230
Eleonore Pudenz: Es war doch nicht alles schlecht	240
Viola Mallé: Immer bockbeinig	248
Haftzeit zwischen 1981 und 1989	252
Chris Michael Shirjak: In der U-Haft bin ich 18 geworden	252
Thomas Reschke: Verloren für den Rest	257
██████████: Verfolgt in der zweiten Generation	275

TEIL IV DIE ANGEHÖRIGEN

Repression gegen die Familie	287
Protokolle der Angehörigen	290
Lisbeth Schwämmlein: Durchstehen für die Familie	290
Karin Frank: Die Baracken gesehen	301
XX: Suche nach dem Vater	306

TEIL V TRAUMAFOLGEN IN ZAHLEN: DIE ESSENER STUDIE

Haftgründe und Haftlänge	317
Berufe und Tätigkeit nach der Haft	321

Alter und Geschlecht	329
Familienstand	331
Mal ist der Widerstand männlich, mal ist er weiblich	335
Aspekte der Haft	338
Die Haft war schlimm, weil ...	348
Körperliche Folgen der Haft	356
Psychische Folgen der Haft	363
Gesundheitsstörungen und Zeiten der Haft	376
Körperliche Störungen	381
Nach der Haft	383
Soziale Lage und Geschlecht	388
Entschädigungen	392
 TEIL VI NACH DER WENDE	
Ansichten zur Einheit	401
Geschlecht und Wende	409
Die sogenannte Opferrente	415
Neue Lösungen	421
Die Häftlingshilfestiftung	423
Die Stiftung und die Wende	432
Unklarheiten bei der Ehrenrente	438
Zusammenfassung: Ergebnisse der Essener Studie	442
 Verzeichnis der Abkürzungen	 445
Verzeichnis der Statistiken	446
Literatur	450
 ANLAGEN	
Brief an die Häftlinge	459
Qualitativer Fragebogen für Häftlinge	461
Qualitativer Fragebogen für Angehörige	465
Quantitativer Fragebogen	468

EINE PERSÖNLICHE VORBEMERKUNG – WAS IST POLITISCHE HAFT?

»Wenn wir Gefangene, die wir jahrelang als politische Häftlinge in Gewahrsam gewesen sind, mal unter uns sind, machen wir uns manchmal lustig: Guck mal, der weiß auch nicht, dass er eine Mauke hat. Im Gefängnis sagte man Knastmauke, um diesen besonderen psychischen Zustand zu umschreiben« (Horst Hennig).

Als ich vor zwei Jahren mit der vorliegenden Studie begann, hatte ich eine innere Hierarchie im Kopf. Ich ging davon aus, dass politische Haft aus der illegalen Aktion herrührt und dass es nur dann wahre politische Haft war, wenn Oppositionelle sich im Untergrund zu Gruppen zusammengeschlossen und illegal Flugblätter gedruckt und verteilt oder Demonstrationen organisiert bzw. daran teilgenommen haben. So war meine eigene Haftgeschichte in Prag verlaufen nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts.

Die Bürgerrechtler kamen meinen Vorstellungen am nächsten. Ein Teil der Befragten dieser Studie sind als Studenten inhaftiert worden. Sie haben den späteren Bürgerrechtlern nahegestanden. Aber unter den Interviewten waren auch Studenten aus den Anfängen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), die sich nach ihrer Verhaftung plötzlich in Workuta wiederfanden. Die Verwandtschaft zwischen beiden politischen Gruppierungen hat mich überrascht. Zu Beginn der DDR wie zu Zeiten der Bürgerrechtler setzten sich Studenten massiv für eine Demokratisierung ein bzw. leisteten Widerstand gegen jeden neuen Totalitarismus. Menschen, die in den Anfängen der DDR aus politischen Gründen festgenommen wurden, bekamen häufig hohe Strafen dafür, dass sie Informationen an die Westmedien weitergaben oder kritisch mit westlichen Freunden über die Entwicklung in der DDR diskutierten.

Mir war klar, dass die politischen Gefangenen der DDR ein umfassenderes Spektrum beinhalteten. Da sind die immensen Flüchtlingsströme vor dem Bau der Mauer – Menschen, die in den Westen gingen und dies damals auch noch relativ ungehindert tun konnten. Ich sprach mit Menschen, die auch nach dem Bau der Mauer die Flucht versuchten und deshalb inhaftiert wurden.

Es entstand eine Vielzahl von Protokollen, in denen geradlinige Menschen zu Wort kamen, Arbeiter, Bauarbeiter, Friseurinnen oder Postangestellte, die

einfach gegen die Mauer angingen. Die rüber wollten, weil sie unbedingt die Rolling Stones in Westberlin erleben wollten und dafür unter dem Stacheldraht durchkrochen oder über ein Minenfeld robbten. Oder, weil sie Sehnsucht nach ihrem Vater verspürten, der bereits drüben lebte. Oder, weil sie zu einem Westler wollten, den sie kennen- und lieben gelernt hatten – Menschen, die sich aus Liebe ins Gefängnis einliefern ließen in der Hoffnung, dass sie vom Westen freigekauft würden. Und die sich dieses Menschen gewiss sein mussten, für den sie das alles auf sich nahmen.

Ich erkannte: Der Widerstand war vor allem dann unbezähmbar, wenn er auf Gefühlen basierte. Die Macht der Gefühle schuf die Bereitschaft, ein lebensgefährliches Wagnis einzugehen. Eines, in das Kinder einbezogen wurden – zum Beispiel im Kofferraum eines Autos. Die Macht der Gefühle wurde zur Macht des Widerstands.

Eine Vielzahl weiterer Motive konnte ich unter den ehemaligen politischen Häftlingen ausmachen. Da waren diejenigen, die sich aus ökonomischen Gründen in die Prozedur des Freikaufs begeben hatten. Der Mensch ist ein Homo oeconomicus, sein wirtschaftliches Handeln ist immer auch politisch. Davon ist hier nur am Rande die Rede, zum Beispiel, wenn einer der ehemaligen, explizit politisch orientierten Gefangenen erzählt, dass zu seiner Haftzeit vor allem Zahnärzte im Gefängnis saßen. Aber auch die Ärzte waren natürlich im fachlichen Austausch mit Westkollegen eingeschränkt. Reiseerlaubnisse zu Kongressen im westlichen Ausland erhielten bekanntlich vor allem diejenigen, die linientreu waren.

Berichtet wird auch über die Repression gegen die Religionsfreiheit. Den Zeugen Jehovas wurde sehr schnell das Recht auf Religionsfreiheit genommen. Und in Kontinuität zum Nationalsozialismus wurden sie erneut für lange Jahre weggesperrt. Wegen Wehrdienstverweigerung und weil sie Gespräche über die Bibel geführt hatten. Auch davon zeugt ein Protokoll. Wie auch von der ungeheuren Aufrichtigkeit, mit der die Betroffene ihre Haft durchgestanden hat; mit weniger psychischen Schäden als manch andere übrigens. Der Glaube gab ihr den Halt.

Die Rede ist auch von Spionen. Viele Häftlinge wurden der Spionage verdächtigt, ohne sie je begangen zu haben. Ein Standardvorwurf gegen Unbequeme, die man längere Zeit wegsperrern wollte. In den 50er Jahren war das eine gängige Deliktkonstruktion. Die stalinistischen Prozesse zeugten davon. Doch es gab natürlich auch wirkliche Spione, die in der DDR aktiv waren. Manche von ihnen begannen ihre Arbeit aus explizit politischer Opposition, so wie es im vorliegenden Gespräch der Fall war. Manche gerieten aber auch aus Abenteuerlust oder aus Dankbarkeit nach gelungener Flucht in die Fänge eines Geheimdienstes. Wie leicht konnten ehemalige Häftlinge, die es geschafft

hatten, in den Westen zu fliehen, dort an einen Geheimdienst geraten. Manche wurden von diesem mit einem Gegenauftrag wieder in die DDR zurückgeschickt. Und gingen damit extreme Risiken ein, am Ende in Haft zu geraten. Die Angehörigen von Geheimdiensten sind übrigens aus der Förderung durch die Häftlingshilfestiftung ausgeschlossen, weil sie von selbst das Risiko ihrer Tätigkeit auf sich genommen hatten.

Zu den Gefangenen, die bisher in der Berichterstattung zu kurz kamen, gehören die Frauen. Sie gehören allen Gruppen an: den Verliebten, den Rockfans, den Religiösen. Und viele bezahlen mit Krankheit und leben am Rande des Existenzminimums. Bis heute, 20 Jahre nach der Wende. Auch die Mütter, die für ihre Kinder eine andere Bildung suchten und denen nach einem missglückten Fluchtversuch nicht selten das Sorgerecht abgesprochen wurde.

Eine Gruppe unter den Frauen kannte ich gut aus meiner Zeit im Gefängnis: Menschen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen und die dafür inhaftiert wurden. In Prag saßen diese Frauen als sogenannte Schmarotzerinnen. Ein Teil von ihnen waren Prostituierte im Westmilieu und arbeiteten auch immer wieder im Auftrag der tschechoslowakischen Staatssicherheit. Wenn die Frauen nicht so spürten, wie sie sollten, wurden sie von der dortigen Stasi mitgenommen.

Das Recht auf Arbeit wurde in der DDR weitgehend zu einer strafbewehrten Pflicht. Das Recht der freien Berufswahl beinhaltet dagegen auch das Recht, nur Gelegenheitsjobs anzunehmen oder »nur« als Hausfrau zu leben. Natürlich war nicht jede, die zu Hause blieb, automatisch eine »Asoziale«¹, wie das in der DDR hieß. Und nicht jede, die sich ausschließlich um ihr Kind kümmern wollte und dabei von einem Mann im Westen finanziell unterstützt wurde, war eine Prostituierte. Strafrechtlich wurde das in der DDR aber so gehandhabt.

Annegret Stephan, Gründerin der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg, meint, diese Frauen hätten nicht verurteilt werden dürfen. Sie schlägt vor, sich auf das Thema der Asozialen zu konzentrieren. »Ich würde Dir raten, lass die Prostitution raus. Ich kenne eine Frau, die im Jugendwerkhof missbraucht und danach in den Akten als HWG²-Person bezeichnet und während des Prozesses als Prostituierte bezeichnet wurde. Sie protestierte dagegen lautstark, aber ergebnislos. Später sagte sie zu mir: ›Ich war nie eine Prostituierte, aber ich hatte niemanden, der sich um mich kümmerte und keine Verwandten im Westen. Zur Leipziger Messe habe ich dann mal den einen oder anderen mit ins Bett genommen, wenn ich wusste, er kauft mir am anderen Tag im Intershop

1 Prostitution wurde in der DDR im §249 des Strafgesetzbuches unter dem Titel »Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten« verfolgt (vgl. <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch68.htm>).

2 Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr.

Klamotten. Wenn man auf alles verzichten muss, wenn man für viele der letzte Dreck ist, was spielt es dann für eine Rolle? Wenn die Kerle ihren Spaß haben wollen, dann sollen sie auch was für mich tun!«

Darüber hinaus gab es die Edelnutten in den Interhotels. »Wenn du auf die Edelnutten abzielst, dann ist Vorsicht geboten, da sie ›Genehmigte‹ waren, nicht selten im Auftrag des MfS³ ›Liebe‹ gaben und dafür nicht in Haft kamen. Das ist ein weites Feld und ein sumpfiges, in dem man leicht stecken bleiben kann.«

In den Protokollen habe ich am Ende gar keine Wahl. Gemeldet haben sich Frauen, die als Asoziale verurteilt wurden. Bei einigen hat die Staatssicherheit sexuelle Übergriffe inszeniert, unter denen die Frauen bis heute leiden. Ihre Geschichten sprechen für sich.

Des Weiteren gibt es die große Gruppe der Angehörigen der Gefangenen, die oft genug mittraumatisiert worden sind. Und die unter den Nachwirkungen der Haft ihrer Partner, ihrer Eltern oder ihrer Kinder litten. Hilfe für sie gibt es erst, wenn die ehemaligen Häftlinge verstorben sind. Insofern tauchen sie in den Protokollen nur als Witwen und Waisen auf.

In dieser Studie geht es mir um den Preis, den alle diese Menschen für die Freiheit gezahlt haben, die sie erringen wollten. Es geht mir um die Beziehungen, die durch die Haft kaputtgingen, weil die Partner unter Druck gesetzt wurden, sich zu trennen, und um die Langzeitfolgen der Haft. Es geht mir um die heute noch bestehenden psychischen und physischen Belastungen, vor denen sich weder Arbeiter noch Intellektuelle, weder Männer noch Frauen, Junge noch Alte schützen konnten. Langzeitwirkungen, die im Vorhinein in all ihren Ausprägungen niemand kannte und die bis heute unerkannt sind oder verkannt werden. Und es geht mir um den Preis, den die ehemaligen Häftlinge in beruflicher Hinsicht auf sich nahmen. Sie haben nicht geahnt, dass die Haft sie ihr Leben lang sozial herabstufen würde. Entweder weil sie in der DDR blieben oder weil ihre Kraft für den normalen beruflichen Stress nicht ausreichte.

Die Traumaforschung ist ja noch relativ jung. Dass die Folgen von Haft, Lebensgefahr, Folter oder des Verlusts von nahen Menschen 30 Jahre und mehr anhalten und oft erst im Alter, wenn die Kraft nachlässt, virulent werden, wusste damals noch niemand, und dies wird bis heute – trotz besseren Wissens – noch immer infrage gestellt.

In meiner Studie geht es mir auch um die Haftbedingungen, die zu unterschiedlichen Jahrzehnten angewandt wurden. Bedingungen, die möglicherweise auch zu unterschiedlichen Ausprägungen in den Traumata geführt

3 Ministerium für Staatssicherheit.

haben. Von einem deutlichen Unterschied in den psychischen Erkrankungen sprechen ExpertInnen in Bezug auf die Zeiten, in denen die Haft stattfand. Da ist einmal die Haftphase, während der in DDR-Gefängnissen wie in denen der Sowjetunion überwiegend körperlich gefoltert wurde. Dem stehen die Haftmethoden der 70er und 80er Jahre gegenüber, als überwiegend psychische Folter praktiziert wurde.⁴

Auch der Bau der Mauer bildete im Haftgeschehen eine Zäsur. Danach wurden die Haftstrafen plötzlich kürzer, die physische Folter nahm ab zugunsten einer nicht minder effektiven psychischen. Es scheint, als ob die Repression in die Betriebe vorverlagert wurde.

In den Gesprächen mit den Häftlingen und den ExpertInnen geht es mir um die Art, wie mit den ehemaligen politischen Gefangenen heute umgegangen wird. Die Einheit Deutschlands beruht auf dem Widerstand der ehemaligen politischen Häftlinge. Ein Widerstand, der immer neu aufflammte. Die Einheit beruht weniger auf den Künsten und Schachzügen der Politiker als vielmehr auf diesem umfassenden politischen und persönlichen Widerstand. Dessen letzter Baustein war das Entern der bundesrepublikanischen Botschaften in Budapest und Prag. Und sie beruht auf den Menschenmengen, die mit großem Mut auf die Straßen gingen oder mit solcher Macht durch die Mauer drängten, dass klar war: Die würden sich nie wieder zurückdrängen lassen und zwar an keinem einzigen Ort und an keinem Übergang.

Die Psychiaterin und Psychotherapeutin Ruth Ebbinghaus sagt in dem Gespräch, das ich mit ihr geführt habe: »Ich hatte eigentlich erwartet, dass meine Generation – ich bin jetzt Anfang 50 –, die sich eingesetzt hat für die Belange von Nazi-Opfern und sich für ihre Behandlung auch nach dem Krieg geschämt hat, bemüht wäre, zu verhindern, dass Opfern noch einmal das Gleiche passiert. Deswegen habe ich mich all die Jahre bereitwillig engagiert. Aber das ist so nicht eingetreten. Das ist schon ein Trauerspiel.« Ich stimme Ruth Ebbinghaus zu.

DANK

Das Projekt fand einen Platz am Essener Kolleg für Geschlechterforschung (EKfG) an der Universität Duisburg-Essen. Das EKfG befasst sich fächerübergreifend mit Geschlechter- und Menschenrechtsfragen und ist auch im Bereich der Gendermedizin engagiert. Das EKfG verfolgt das Ziel, gender-

⁴ Auch wenn das noch nicht anhand von Stasidokumenten belegt wurde, spricht der Gesundheitszustand der Gefangenen dafür.

relevante Fragestellungen in allen Disziplinen anzustoßen. Es ist international ausgerichtet. Alle Themen werden dort sowohl aus der Perspektive der Frauen- wie auch der Männerforschung bearbeitet. Frau Prof. Dr. Doris Janshen hat diese Arbeit als Ordinaria für Soziologie begleitet. Kurz vor Abschluss des Projekts ist sie im Februar 2009 unerwartet verstorben. Insofern kann ich ihr nur noch posthum für ihr Engagement danken. In den Dank eingeschlossen sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Essener Kollegs für Geschlechterforschung. Für seine Hilfe und Unterstützung danke ich David Freydank, der für die statistischen Arbeiten zuständig war.

Des Weiteren danke ich Annegret Stephan und Ruth Ebbinghaus für ihre Beratung. Edith Berchem hat alle Interviews transkribiert und Franziska Groszer hat mich bei der Bearbeitung des Manuskripts unterstützt. Beate Ziegler und Elsbeth Zylla haben nachgefeilt. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei Christian T. Flierl, dem freundlichen Lektor vom Psychosozial-Verlag.

Vor allem aber danke ich den drei Stiftungen: der Hans-Böckler-Stiftung und der Stiftung Aufarbeitung, dass sie durch finanzielle Förderung diese Arbeit haben möglich werden lassen, und der Häftlingshilfestiftung, dass sie ehemalige Häftlinge, die dort Anträge gestellt haben, angeschrieben und ihnen den Fragebogen beigelegt hat. Insbesondere geht mein Dank an Hanna Siegel-Mackensen, die in ihrer Zeit als Geschäftsführerin der HHG-Stiftung, die Studie ermöglicht und begleitet hat. Gleichermäßen geht Dank an die Gefangenenorganisation UOKG (Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft), die den Fragebogen dem Verbandsblatt *Der Stacheldraht* beigelegt hat. Dadurch gelang es, eine hohe Zahl der ehemaligen politischen Häftlinge zu erreichen.

Bonn, im Juli 2010
Sibylle Plogstedt



TEIL I

**ZUR HEUTIGEN SITUATION
DER HÄFTLINGE**

DIE AUSGANGSLAGE DER ESSENER STUDIE

In der vorliegenden Essener Studie geht es um die soziale Situation⁵ von ehemaligen politischen Häftlingen der DDR. Projektiert wurde diese Untersuchung, nachdem in den Koalitionsvereinbarungen des Jahres 2005 von CDU und SPD die Verbesserung der Situation von politischen Häftlingen aus der DDR-Zeit als Ziel vereinbart worden war. Heraus kam die Häftlings- oder Opferrente von 250,00 Euro, die Betroffene als »Ehrenrente« bezeichnen.

Die Bundesregierung hatte mit dem Thema Häftlingsrente zunächst ein Problem: Niemand wusste genau, wie viele ehemalige politische Häftlinge es tatsächlich gibt. Bis 1989/90 wurden die Daten über die Ankerkennung politischer Häftlinge zentral in Friedland erfasst. Danach wurden die Daten regional unterschiedlich registriert, und es ist ungewiss, ob die Daten nach der Wende weiterhin nach Friedland gemeldet worden sind.

Aktuelle Schätzungen gehen von 200.000 bis 250.000 politischen Häftlingen zwischen 1949 und 1989 aus (vgl. Werkentin 1998, S. 152). Die als Straftaten bewerteten Vergehen, die heute als politische Haft anerkannt werden, sind je nach Zeitraum unterschiedlich. Zum Beispiel gehören Häftlinge des 17. Juni 1953 dazu, Protestierende und natürlich viele Republikflüchtige und Ausreisewillige. Aber auch Menschen, die keiner Berufstätigkeit nachgingen, sind verurteilt worden, andere wegen »Vandalismus«. Darüber hinaus gab es politische Häftlinge aus Deutschland, die in anderen Ländern Osteuropas verurteilt wurden und deswegen bislang nicht oder nur unzureichend finanziell entschädigt worden sind.

Die Diskussion, die um die Häftlingsrente entbrannte, zeigt, wie wichtig die Frage nach der sozialen Lage der Häftlinge heute ist. Und sie wirft die Frage auf, warum diejenigen, die die deutsche Einheit erkämpft haben, zu Menschen wurden, denen es heute besonders schlecht geht. Des Weiteren muss gefragt werden, ob es vielleicht noch andere politische Häftlinge gibt, die bislang nicht oder nur unzureichend wahrgenommen worden sind, und welche Maßnahmen angemessen wären, um die politischen Träger der Wende und des Widerstands nicht nur politisch, sondern auch sozial zu rehabilitieren.

Hinter all dem steht die Frage, inwieweit die schlechte soziale Situation auf den traumatischen Störungen als Folge der Haft beruht. Hängt die soziale

⁵ Erst Ende 2008 erschien die erste Studie zur sozialen Situation von Häftlingen in Thüringen (vgl. Best/Hofmann 2008).

Situation möglicherweise davon ab, ob die ehemaligen politischen Häftlinge in den 50er Jahren, den 70er oder den 80er Jahren in Gewahrsam waren, und von den zu diesen Zeiten jeweils praktizierten Haftbedingungen?

Eine weitere Frage: Was folgte daraus, ob ein Häftling in den Osten oder in den Westen entlassen wurde? Hatte er bzw. sie im Westen bessere Lebenschancen? Nahm die DDR-Regierung nach der Haftentlassung in die DDR Einfluss auf das weitere berufliche Leben? Und wenn ja, in welcher Weise?

Über die Ausreisewilligen der DDR ist bekannt, dass den meisten, nachdem sie ihren Antrag eingereicht hatten, die Arbeitsstelle gekündigt wurde bzw. ein Aufhebungsvertrag für ihre Arbeit oder für den Studienplatz eine Exmatrikulation aufgezwungen wurde, wenn sie sich nicht für die DDR zurückgewinnen ließen. 29% der Befragten nannten diese Folge in der Studie von Bertram, Planer-Friedrich und Sarstedt (2003, S. 55).

Gefragt wird deshalb auch, ob die psychischen Folgen der politischen Haft nach der Entlassung in den Westen weiterhin Einfluss auf die Lebensgestaltung hatten, ob den Entlassenen der Berufsstart dort erschwert wurde und ob die soziale Lage der ehemaligen politischen Häftlinge langfristig gestört war.

Nach Horst-Eberhard Richter beginnt der psychische Stress, der zu einer Traumatisierung führen kann, schon sehr früh. In seinem Buch *Flüchten oder Standhalten* schrieb er:

»Die Psychiatrie kennt eine Form von Depression, die durch einen ganz banalen Umzug ausgelöst wird und spricht in diesem Fall von einer »Umzugsdepression«. Hierbei handelt es sich ebenfalls um eine Verunsicherung durch ein Isolationserlebnis, die bei manchen Personen eben das extreme Ausmaß von einer regelrechten depressiven Verstimmung annimmt: Jemand verzieht in eine ihm bis dahin völlig unbekannte Gegend, in der alles anders ist als in seiner bisherigen Wohnwelt. [...] Man vermisst plötzlich eine Fülle von bekannten Leuten, Gegenständen, Geräuschen, von denen man bisher umgeben war. [...] Alle Einzelheiten der ehemaligen Umgebung hatten zusammen so etwas wie eine mütterliche Welt gebildet, in der man sich geschützt gewußt hatte. Die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der äußeren Welt hatte geholfen, daß man sich auch selbst stabil und verlässlich fühlen konnte« (Richter 1976, S. 45).

Für die Häftlinge, die in den Westen gegangen sind, gab es neben dem Freiheitsgewinn und dem an persönlicher und politischer Sicherheit zwangsläufig den belastenden Verlust: den der alten Umgebung, der Angehörigen und von Freunden. Und nicht selten gab es Schuldgefühle, weil den in der DDR Zurückgelassenen politische und soziale Probleme nicht erspart blieben.

Die Forschung über Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder herausgefunden, dass bereits einfache Arbeitslosigkeit depressive Verstimmungen auslösen kann. Arbeitslosigkeit zählt generell zu den

stressenden Faktoren (Lilienthal 2005, S. 79). Dieser Einfluss ist im Fall von ehemaligen politischen Häftlingen noch stärker zu bewerten.

Im Behandlungszentrum für Folteropfer wurden politische Flüchtlinge aus aller Welt, die aufgrund von Folter, Haft und Flucht zu etwa einem Drittel traumatisiert sind, auf das Arbeitsverbot während der Zeit des Asylverfahrens hin untersucht. Die interviewten ehemaligen Häftlinge beschrieben einen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und ihrer Gesundheit. Sie führten an, dass sie ohne Beschäftigung mehr über ihre vergangene und aktuelle Lebenssituation grübelten. »Sie brachten das Weiterbestehen ihrer posttraumatischen Beschwerden mit den Folgen von Untätigkeit und finanzieller Abhängigkeit in Verbindung« (Lilienthal 2005, S. 85). In Skandinavien konnte in einer Studie mit 966 Flüchtlingen ein positiver Einfluss der Lohnarbeit auf die Gesundheit von Flüchtlingen belegt werden (vgl. Lie 2002). Aufgrund der Ergebnisse beider Befragungen kann von einem relevanten Einfluss von Arbeitslosigkeit auf die Symptombildung der Traumata gesprochen werden.

Die hier vorliegenden Protokolle mit Häftlingen und Angehörigen sind in Form von Icherzählungen bearbeitet. In den Gesprächen ging es sowohl um die Behandlung während der Haft und um den aktuellen Gesundheitszustand als auch um die aktuelle soziale Situation sowie gegebenenfalls um die Berufssituation der ehemaligen Häftlinge.

Gegliedert sind die Fallgeschichten nach dem Jahrzehnt der Inhaftierung. Diese Gliederung ermöglicht es den Lesenden, die unterschiedlichen Behandlungsmethoden während der Haft zu verschiedenen Zeiten selbst zu vergleichen.

DIE QUALITATIVEN INTERVIEWS

Die vorliegende »Essener Studie« besteht aus einem quantitativen und einem qualitativen Teil.

Der qualitative Teil mit 30 Interviews wurde von der Stiftung Aufarbeitung gefördert. Die Gespräche wurden mithilfe von qualitativen Frageleitfäden durchgeführt (siehe Anhang). Außerdem wurden gesonderte Frageleitfäden für Häftlinge, für Angehörige und für Experten entwickelt (siehe Anhang).

Die Interviews fanden meist bei den Häftlingen und den Angehörigen zu Hause statt. In zwei Fällen wurde von den Betroffenen ein anderer Ort – ein Restaurant bzw. ein Hotel – gewählt. Während der Interviews wurden die Fragen des Leitfadens an den Gesprächsfluss angepasst und von der Reihenfolge her frei angewandt. Die Gespräche dauerten zwischen 60 und 120 Minuten. In drei Fällen wurden die Interviews per E-Mail geführt, zum Teil verbunden mit Telefonaten, um nachzufragen.

Insgesamt konnten 23 Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen realisiert werden. Davon wurden 21 für dieses Buch ausgewählt.

16 Befragte befanden sich im Antragsverfahren bei der Stiftung für politische Häftlinge, zwei waren dort früher schon einmal Antragsteller. Acht weitere Gespräche kamen im Schneeballverfahren durch Empfehlungen zustande – unabhängig von der Häftlingshilfestiftung.

Die Befragten, die sich im Antragsverfahren bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge befanden, wurden von der Stiftung angeschrieben, wobei ein Brief der Universität Duisburg-Essen beigelegt wurde (siehe Anhang). Sie meldeten sich von selbst, indem sie einen Adressenabschnitt abtrennten und an die Universität schickten. Zuvor fragte eine Reihe von ehemaligen politischen Häftlingen telefonisch bei mir an, ehe sie den Abschnitt losschickten.

Das Besondere an der Auswahl der Befragten besteht darin, dass mehr als die Hälfte Arbeiter, Handwerker oder Putzfrauen waren und alle als politische Häftlinge rehabilitiert worden sind. Ihre Sicht auf die DDR als Arbeiter- und Bauernstaat ist von besonderer Bedeutung. Sie waren zum Zeitpunkt der Befragung auf die Unterstützung durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge⁶ angewiesen.

Von denen, die sich über die Häftlingshilfestiftung meldeten, sind nur einige im klassischen Sinne Bürgerrechtler gewesen. Deshalb habe ich eine Reihe von ehemaligen politischen Häftlingen aus der Bürgerrechtsbewegung gezielt

6 Umgangssprachlich hier meist als Häftlingshilfestiftung bezeichnet oder mit den Kürzeln Stiftung HHG bzw. HHG-Stiftung.

angesprochen. Dasselbe gilt für die Häftlinge der Sowjetischen Militärtribunale in der Sowjetischen Besatzungszone.

Interviewt wurden auch drei Angehörige von verstorbenen Häftlingen. Sie befanden sich ebenfalls im Antragsverfahren bei der HHG-Stiftung, von der sie nach dem Tod ihres Angehörigen eine Förderung erhielten. Da der Schwerpunkt der Essener Studie nicht auf den Angehörigen lag, wurden nur drei befragt. Zwei waren Töchter, eine die Ehefrau eines ehemaligen Häftlings.

Während der Gespräche mit den Häftlingen waren in einer Reihe von Fällen die Ehepartner anwesend und haben in das Gespräch eingegriffen, zum Beispiel dann, wenn der ehemalige Häftling die eigene gesundheitliche Situation beschönigte. In einem Fall war der ehemalige politische Häftling die Ehefrau, der West-Ehemann ist aber ebenfalls kurz inhaftiert gewesen.

Als dritte Gruppe habe ich drei Expertinnen zur Situation der politischen Häftlinge befragt. Sie haben mir viel erklärt und sie können auch den Lesern und Leserinnen viel erklären. Die drei Expertinnen sind zum einen Annegret Stephan, erste Leiterin einer MfS-Gedenkstätte in Magdeburg, die 16 Jahre lang dort gearbeitet hat, zum anderen Ruth Ebbinghaus, die Würzburger Traumatherapeutin, die als unabhängige Außengutachterin für Thüringen aktiv ist.⁷ Zum Dritten handelt es sich um Hanna Siegel-Mackensen, die als Geschäftsführerin der Häftlingshilfestiftung in Bonn die Notsituation der Häftlinge besonders gut kennt.

7 Ruth Ebbinghaus ist bundesweit tätig.

DIE QUANTITATIVE STUDIE

In einem weiteren Teil der Essener Studie geht es um eine quantitative Untersuchung. Dieser Teil wurde von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert.

Für diesen Teil der Untersuchung wurde von mir in Zusammenarbeit mit Prof. Doris Janshen ein sechsseitiger Fragebogen mit 45 Fragen entwickelt und getestet. Er ist von 802 politischen Häftlingen beantwortet worden.

Während im qualitativen Verfahren die Haftgeschichte eine große Rolle spielte, wurde im quantitativen Teil der Essener Studie vor allem die materielle Lebenssituation der ehemaligen politischen Gefangenen, ihre Berufs-, Erwerbs-, Renten- und Entschädigungsbiografie erkundet. In beiden Befragungsabschnitten ging es um den Gesundheitszustand und um die soziale und berufliche Lebenssituation.

Auch die Genderfrage hat bei der Erhebung einen hohen Stellenwert: sowohl in Bezug auf die Hafterlebnisse, die gesundheitlichen Haftfolgen und die soziale Situation als auch in Bezug auf die Frage der Gewalt während der Haft. Mit der Genderfrage betritt diese Untersuchung Neuland.

DIE STICHPROBE

1.000 Fragebögen wurden mithilfe der Häftlingshilfestiftung an die dortigen Antragsteller verschickt. Zum Zeitpunkt des Versandes der Fragebögen war die Stiftung in sozialen Fragen die Haupthilfeorganisation. Die Aussendung begann, noch ehe die Häftlingsrente in Kraft war. Weitere 8.500 Fragebögen wurden im Herbst 2007 der Zeitschrift *Der Stacheldraht* beigelegt.

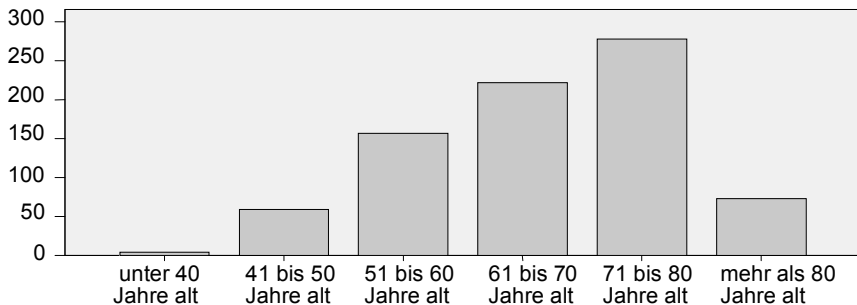
Insgesamt haben 802 ehemalige politische Häftlinge der DDR (sowie der vom Gebiet der DDR in die Sowjetunion »Verschleppten«⁸) den Fragebogen ausgefüllt. Der Rücklauf betrug somit 8,44%.

Über den *Stacheldraht* kamen 590 Fragebögen ausgefüllt zurück, über den Direktversand durch die Häftlingshilfestiftung waren es 212. Insgesamt haben 115 Frauen den Fragebogen ausgefüllt und 686 Männer. In einem Fall wurde die Angabe des Geschlechts verweigert.

⁸ Siehe Kapitel zur Ehrenrente.

ALTER UND GESCHLECHT

20 Jahre nach der Einheit sind auch die ehemaligen politischen Gefangenen gealtert. Entsprechend gehört ein Großteil der Befragten inzwischen einer höheren Altersgruppe an. Selbst die damals mit 20 oder 30 Jahren noch jung Inhaftierten von 1989 sind heute bereits 40 bis 50 Jahre alt. Entsprechend lag der Anteil der Häftlinge unter 40 Jahren, die den Fragebogen ausgefüllt haben, nur bei 0,5%. Weniger als 50 Jahre alt waren 7,4%, weniger als 60 Jahre waren 19,6%, unter 70 Jahre sogar 27,7% und unter 80 Jahre 34,7%. Älter als 80 Jahre alt waren immerhin 9,1%.



Grafik 1: Befragte nach Alter

Auffällig an der Auswahl ist, dass diejenigen, die über die Häftlingshilfestiftung in die Untersuchung gekommen sind, zu 83,9% keiner Häftlingsorganisation angehören und zum Teil noch nicht einmal von diesen Organisationen wussten. Von denen, die über den *Stacheldraht* den Fragebogen erhielten und ausfüllten, sind 74,8% Mitglied einer der Organisationen ehemaliger politischer Gefangener. Der Anteil der Frauen, die den Fragebogen beantwortet haben, betrug 14,34%, der der Männer 85,54%.

Der Fragebogen war mit seinen 45 Fragen für die Älteren und Kränkeren zum Teil zu lang. Eine Reihe von Fragebögen kam deshalb unvollständig ausgefüllt an die Universität zurück. Möglicherweise hatten nicht alle ehemaligen Häftlinge die Kraft, sich lange genug zu konzentrieren, um alle Fragen zu beantworten. Dass sie es dennoch versucht haben, ist als ein Zeichen ihres hohen Engagements zu bewerten.



TEIL II
DIE EXPERTINNEN

ANNEGRET STEPHAN UND DIE ERSTE GEDENKSTÄTTE

»In den neuen Bundesländern hat sich die Erinnerung an die DDR nach 20 Jahren neu geformt: Es war ein Land, in dem es schön war, in dem man gut leben konnte. Ein Land, in dem es soziale Sicherheit gab und wo jeder einen Arbeitsplatz hatte.« So beschreibt Annegret Stephan die Sicht einer Vielzahl ehemaliger DDR-Bürger. Für die Leiterin der ersten Stasi-Gedenkstätte sind dies »verklärende Erinnerungen, Vorurteile und Mythen, die alle nur eine Botschaft haben: Wer in der DDR ordentlich und fleißig war und sich nichts zuschulden kommen ließ, ist auch nicht in Haft gekommen.«

Für Annegret Stephan sind das die »Rückblicke der angepassten Mehrheit«. Es handle sich um eine Legende. Ihr Nachteil bestehe darin: »Opfer sind in diesem Bild hässliche Kratzer. Die kommen nicht vor.«

Natürlich habe der eloquente Markus Wolf angenehm gewirkt, wenn er in seinen Maßanzügen auftrat. »Dann hörten wir die deutsche Mentalität sprechen: Wir haben doch nur unsere Pflicht getan. Wie schnell übernahmen dann auch andere die Meinung: Die haben doch bloß ihre Pflicht getan. Und schnell wurde es wieder die Meinung ›der Gesellschaft‹.«

Kein Wunder, wenn die Opfer gegen diese Art von DDR-Geschichtsblick angehen, insbesondere dann, wenn er auch noch von einem SPD-Ministerpräsidenten übernommen wird, und wenn es heißt: »Es war doch nicht alles schlecht.« Die Opfer halten dagegen. »Mensch, wir haben für euch die Knochen hingehalten. Ihr könnt doch jetzt nicht so tun, als sei das alles nicht gewesen. Ich bin in den Knast gekommen, weil ich mich gewehrt habe«, erzählt Stephan. Dafür bekämen die Opfer heute aber keine Wertschätzung. Stattdessen heiße es: »Du Idiot, hättest du doch bloß die Finger davon gelassen. Du bist ja selbst Schuld, dass du in den Knast gekommen bist.« Diese Schuldzuweisungen hätte es immer gegeben. »Sie waren nie weg. Sie waren nur ein bisschen leiser geworden.« Stephan folgert: »Böse und polemisch ausgedrückt heißt die Konsequenz eigentlich, dass man den Nachkommenden, den Enkelkindern sagen müsste: Schätzchen, wenn wieder eine Diktatur kommen sollte, dann sei vorne dran; Mitmacher und Schrittmacher sein, aber werde bloß nie ein Opfer!«

BEKANNTE STATISTIKEN

Neben den bereits zitierten Hochrechnungen des ehemaligen stellvertretenden Leiters des *Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit*, Falco Werkentin, die von 200.000 bis 250.000 politischen Häftlingen zwischen 1949 und 1989 ausgehen (vgl. Werkentin 1998, S. 152), gibt es in der Literatur eine Reihe weiterer Schätzungen wie die von Klaus Dieter Müller, zurzeit kommissarischer Direktor der *Sächsischen Gedenkstättenstiftung* (vgl. Tabelle 1; nach Müller 2004, S. 170).

Häftlingskategorie	Anzahl	während der Haft verstorben, zum Teil hingerichtet
Speziallagerhäftlinge (nicht verurteilt)	mind. 127.000 (laut Schätzungen bis zu 200.000)	mind. 43.000 (laut Schätzungen bis zu 80.000)
Deportierte in die Sowjetunion aus Osteuropa, Ostdeutschland und aus Speziallagern	mind. 230.000	etwa ein Drittel
durch SMT* verurteilte Zivilisten	30.000 bis 40.000	bisher nicht bekannt
durch SMT verurteilte Soldaten	mehr als 30.000	bisher nicht bekannt
Verurteilte durch DDR-Gerichte	ca. 200.000	vermutlich mehrere Tausend

* SMT: Sowjetische Militärtribunale

Tabelle 1: Zahl der Verstorbenen in der politischen Haft in der DDR und in Speziallagern (geschätzt)⁹

Nach Müller sind dies relativ gesicherte Mindestangaben. Er fügt aber hinzu, dass die Opferverbände von höheren Belegzahlen der Gefängnisse und Lager ausgehen und auch von höheren Sterbezahlen (ebd.). Allein beim Suchdienst

⁹ Die verhafteten und deportierten Zivilpersonen sind zahlenmäßig schwer zu bestimmen.

des Deutschen Roten Kreuzes gelten mehr als 160.000 Zivilisten aus dieser Zeit noch immer als vermisst. Auffallend ist der hohe Anteil der auf die Kriegsfolgen zurückgehenden Inhaftierten und Deportierten. Dem gegenüber steht die Zahl der politisch Verfolgten aus der DDR-Zeit (vgl. Tabelle 2; nach Müller/Stephan 1998, S. 25).

Zeitraum	Anzahl politischer Gefangener	Anteil politischer Gefangener pro Jahr an der Gesamtzahl aller Häftlinge (Schätzung)
1950–1955	ca. 11.000 bis 14.000	ca. 1/3
1956–1964	ca. 6.000 bis 7.000	ca. 1/5 bis knapp 1/4
1965–1969	7.570	ca. 1/3
1970–1974	5.826	ca. 1/4
1975–1979	4.200	ca. 1/4 bis 1/5
1980–1984	4.448	ca. 1/5
1985–1988	3.862	ca. 1/6

Tabelle 2: Geschätzte Zahl der politischen Häftlinge (nach Jahr)¹⁰

¹⁰ Die Zahl der Verurteilten im Jahresmittel für die Jahre 1970–1988 nach Raschke (1977, S. 25).

DIE LANGE AUFARBEITUNG DER POLITISCHEN VERFOLGUNG

Nach der Wende ist Annegret Stephan die Arbeit mit den politischen Häftlingen regelrecht zugefallen. »Ich hatte mich bei dem Kulturamt der Stadt beworben mit guten Referenzen. In Leipzig, wo ich neun Jahre lebte und in der Hochschule für Grafik und Buchkunst arbeitete, gehörte ich zur Nikolai-Kirche, in Magdeburg zur Domgemeinde. Im September 1990 erhielt ich ein Schreiben der Stadtverwaltung mit der Bitte um ein Gespräch. Als ich dort ankam, fand ich einen Riesentisch mit Vertretern der Stadt, des Bürgerkomitees, des Vereins ›Memorial‹ und der Kirche vor. Mir wurde mitgeteilt, dass die Absicht bestünde, am Moritzplatz eine Gedenkstätte zu errichten. ›Wollen Sie das machen?‹ Dass ich so schnell Ja gesagt habe, hat mich später selbst verwundert.«

16 Jahre lang hat Annegret Stephan die Gedenkstätte am Moritzplatz in Magdeburg geleitet. Sie wurde im Dezember 1990 eröffnet. Der Moritzplatz war die erste MfS-Haftanstalt, die als Gedenkstätte eingerichtet wurde. Im Gegensatz zu anderen DDR-Gefängnissen stand die separat liegende kleine Haftanstalt der Stasi damals gerade leer. »Deshalb war ein so frühes Einziehen der Bürgerbewegten möglich.«

Die ersten Kontakte der MitarbeiterInnen der Gedenkstätte zu den politischen Häftlingen fanden zu einer Zeit statt, in der alles zugleich aufbrach. »Es war wie ein Schnellkochtopf, alles kochte hoch, alles kam in Bewegung.« Die ersten Häftlinge, die sich damals in die Gedenkstätte wagten, taten dies ganz vorsichtig. »Sie sind wie Motten um das Licht herumgeflogen. Sie haben erst einmal uns und die Gedenkstätte umschwirrt, ehe sie Mut fassten, Kontakt zu uns aufzunehmen. Nicht selten mussten wir erst einmal stundenlang unseren eigenen Werdegang in der DDR erzählen, ehe sie begannen, uns zu vertrauen.«

Annegret Stephan erzählte, dass sie selbst nicht zu den Bürgerrechtlern gehörte. Sie habe nie an einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« geglaubt. Dass ihre Mutter nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD aus der SED ausgeschlossen wurde und sie selbst mit 17 Jahren nach einer Protestflucht in den Westen zurück in den Osten geholt wurde, weil auf die Familie Druck ausgeübt und ihrer Schwester mit der Exmatrikulation vom Psychologiestudium gedroht wurde.

Anfangs hatte Annegret Stephan keine Vorstellung davon, was ihr an Leidensgeschichten in den Gesprächen mit den Häftlingen entgegenkommen

würde. »Wir sind damals von der Opferproblematik einfach überrollt worden. Wenn ich jetzt auf die 16 Jahre zurückblicke, würde ich sagen, wir haben zu 80% Trauerarbeit geleistet.«

Anfangs haben Annegret Stephan und ein Mitarbeiter am Moritzplatz beraten, später waren sie sogar zu viert. »Erst haben wir nur den Arm um sie gelegt oder ihre aufgeregten Hände gehalten und zugehört. Wir konnten nicht einmal etwas aufschreiben. Sobald ich einen Zettel in die Hand nahm, kam das Gespräch ins Stocken. In Erinnerung kam den ehemaligen Häftlingen plötzlich die Verhörsituation, wo auch aufgeschrieben wurde. Wir haben ganz viel über Learning by Doing machen müssen. Bis die Menschen reden und in Worte fassen konnten, was ihnen widerfahren war, das dauerte. Das ging nicht beim ersten Mal, nicht beim zweiten Mal, das ging aber nach dem zehnten oder dem 15. Mal. Die ehemaligen Häftlinge kamen immer wieder und haben neue Bruchstücke hinzugefügt oder neue Begriffe für das gefunden, was sie nur schwer ausdrücken konnten.« In der Beratung hat Annegret Stephan gesehen, wie viel Misstrauen in den Häftlingen bis heute geblieben ist. »Ihnen ist ja das Urvertrauen gestohlen worden«, meint Stephan.

Oft genug haben Stephan und ihr Team selber Blockaden durchlebt, weil das, was sie hörten, nur schwer zu fassen war. »Mir die gesamte Bösartigkeit des Systems auch nur vorzustellen, hätte mir mein gesunder Menschenverstand verboten.« Als Annegret Stephan dann aber die Geschichte der Häftlinge erfuhr, weil sie ihr Vertrauen erworben hatte, übernahm sie auch die Verantwortung, die dieses Wissen bedeutete. Sie hat in ihrer Arbeit alles getan, um die Situation der ehemaligen Häftlinge zu verbessern.

Als Beispiel nennt Stephan die Geschichte der ehemaligen politischen Gefangenen Melanie Kollatzsch, die 15 Jahre lang in Haft war und bis zum Jahr 1989 immer weiter bespitzelt wurde. Der Grund für ihre lange Haft bestand allein darin, dass ihr Freund Major der englischen Armee war. Das hatte ausgereicht, ihr schwere Spionage zu unterstellen. Von den Russen war sie zu 25 Jahren Haft verurteilt worden, 15 Jahre davon hat sie in elf Haftanstalten der DDR verbüßt. »Hass«, hat Melanie gesagt, »ist nicht mein Charakter. In der Haft habe ich sehr viel Hass empfunden. Da habe ich gedacht: Wenn ich den später mal wiedersehe! Aber heute hasse ich ihn nicht. Ich verachte ihn.«

»Wie diese Menschen trotz ihrer Verwundungen mit Würde in Bezug auf die Täter umgegangen sind, das hat etwas ganz Großes für mich«, meint Annegret Stephan. Immerhin hätten die Opfer ja auch durchdrehen oder zur Waffe greifen können. »Durch die Arbeit mit den Opfern habe ich unheimlich viel gelernt. Ich habe auch einen neuen Blick auf die Würde von Menschen bekommen, wie sie mir vorher gar nicht so bewusst war. Wie viel Boshaftigkeit und

Niedertracht ihnen auch entgegengebracht worden war, sie kämpften immer wieder und nicht selten mit letzter Kraft um jedes Stückchen Menschenwürde.«

Vor allem im Herbst 1989 verging ein halbes Jahr lang kein Abend, an dem das Fernsehen nicht über Haft und Repression und Verfolgung in der DDR berichtet hätte. Noch zu DDR-Zeiten hat die lange Aufarbeitung der politischen Verfolgung begonnen. Auch das Erste Rehabilitierungsgesetz ist noch ein Beschluss der Ersten Volkskammer. 1992, also nach der Vereinigung, kam dann das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz dazu.

»Wir hatten die Enquetekommission des Bundestages. Die Stiftung zur Aufarbeitung war da. Die Gedenkstätten ebenfalls. Die Voraussetzungen für die politische Aufarbeitung der SED-Diktatur waren positiv. Für die juristische Aufarbeitung, das heißt für die Rehabilitierung der Opfer, gab es die Neufassung des alten Häftlingshilfegesetzes und die neu entstandenen Gesetze. Auch hier war der Anfang Erfolg versprechend.«

Zu den Instrumenten der Lustration, das heißt zur Reinigung und Sühne der Gesellschaft, zählt Stephan die Gauck-Behörde, die Reha-Gesetze, die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze mit ihren Rehabilitierungsgesetzen zur verwaltungsrechtlichen, beruflichen und gesundheitlichen Rehabilitierung. Stephan: »Am Ende der ersten Gerichtsverfahren, denn über die Rehabilitierung entschieden Gerichte, war ein Teil der ehemaligen politischen Häftlinge rehabilitiert, ein anderer Teil dagegen noch nicht. Die Urteile der nicht rehabilitierten politischen Häftlinge wurden dann als Kassationsantrag an das Gericht weitergeleitet. Später wurde die Kassation¹¹ durch einen weiter gesteckten Rahmen im Zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz überflüssig.«

11 Kassation ist die Aufhebung eines Urteils.